

Kriegsakteure im Zeitalter der Globalisierung

Umbach, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umbach, F. (2002). Kriegsakteure im Zeitalter der Globalisierung. In *Die Kriege der Zukunft - organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung ; Vorträge einer Tagung vom 1. bis 3. März 2002 in der Evangelischen Akademie Bad Boll* (S. 24-27). Frankfurt am Main: Evangelischer Pressedienst. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-217301>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik e.V.
German Council on Foreign Relations

Frank Umbach
 Forschungsinstitut der
 Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (e.V.)
 Rauchstr. 18
 10787 Berlin
 Tel.: 030/25.42.31.36
 Fax: -16
 E-Mail: umbach@dgap.org

Einzelaspekte der Kriege der Zukunft – Kriegsakteure im Zeitalter der Globalisierung

Evangelischer Pressedienst (epd) — Dokumentation: *Die Kriege der Zukunft – Organisierte Gewalt im Zeitalter der Globalisierung*, Vorträge einer Tagung vom 1. bis 3. März 2002 in der Evangelischen Akademie Bad Boll, Nr. 31, Frankfurt/M., 29.7.2002, S. 24-27 (www.epd.de)

Einführung

Das Ende des Kalten Krieges hatte große Hoffnungen auf ein Ende oder zumindest eine Verbesserung der internationalen Beziehungen geweckt. Alle deutschen Parteien hatten mit diesem Wendepunkt der Weltgeschichte zugleich zahlreiche Friedensdividenden erhofft, die sich nicht zuletzt in reduzierten Verteidigungshaushalten im weltweiten Maßstab ausdrücken würden. Nicht wenige Beobachter in Deutschland propagierten sogar eine Ende der NATO und die Notwendigkeit der Bundeswehr nach dem Fall der Mauer und der Implosion der Sowjetunion. Ein Krieg schien vor allem in Europa nicht möglich, da dieser früher oder später ohnehin nukleare Dimensionen annehmen musste und sei es auch "nur" aufgrund der Zerstörung ziviler Kernkraftwerke.

Doch bereits der Jugoslawienkonflikt zeigte, dass Kriege keineswegs ein Relikt einer barbarischen Vergangenheit sind und auch in Europa weiterhin denkbar waren. Während in Zeiten des Kalten Krieges nicht selten in den Nuklearwaffen und dem Ost-West-Konflikt die Konfliktursache vieler Kriege in der Dritten Welt (sogenannte "Stellvertreterkriege" der Supermächte USA

und UdSSR) gesehen wurde, entdeckte man plötzlich in den 90er Jahren in beiden eher ein Element der Eindämmung von zahlreichen Konflikten. Kriege und Konflikte schienen nun plötzlich aufzutauen und neue Eskalationsdynamiken anzunehmen, die in Zeiten des Kalten Krieges undenkbar waren. Vor allem in Osteuropa und dem Raum der früheren Sowjetunion explodierten ethnisch-nationale Konfliktlagen, welche die regionale und internationale Kooperation erschweren und sich hemmend oder gar negativ auf die wirtschaftliche Gesundheit und Demokratisierung der politischen Systeme auswirken. Zudem zeigte nicht zuletzt der schreckliche Anschlag auf das World-Trade-Center und das Pentagon am 11. September 2002 ein neues Spektrum von Sicherheitsbedrohungen in Form eines weltweit organisierten und verzweigten Netzwerkes des internationalen Terrorismus.

Bevor auf die alten und neuen Kriegsakteure eingegangen wird, sollen zunächst einige Haupttendenzen der Kriegs- und Konfliktentwicklungen des letzten Jahrzehnts kurz skizziert werden.

Entwicklungstendenzen von Kriegen und Konflikten seit 1990

Im Zeitraum 1989-1997 wurden von schwedischen Friedensforschern insgesamt 103 bewaffnete Konflikte an 69 Orten der Welt registriert, von denen wiederum 42 die Schwelle zu einem Krieg überschritten. Allein 1997 ließ sich von den 103 bewaffneten Konflikten in den neuen Jahren feststellen, dass noch immer 33 aktiv waren und an 26 Orten in der Welt stattfanden

Im wesentlichen lassen sich jedoch bereits vor 1990 mehrere Haupttendenzen bei Konflikten und Kriegen empirisch nachweisen, die bis Ende der 90er Jahre unverändert gültig sind:

- Kontinuierlicher Anstieg der Zahl kriegerischer Konflikte seit 1945. Während in den 50er Jahren nur etwa 10 Kriege pro Jahr konstatiert wurden, waren es im Zeitraum 1990-95 durchschnittlich 46.
- Verlagerung der Konfliktlagen aus den bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaftsordnungen des 19. und 20. Jahrhunderts in die Dritte Welt, wo 90% aller Kriege nach 1945 stattfanden.
- Bereits vor 1990 ließ sich zudem eine Dominanz innerstaatlicher Kriege nachweisen, die stetig anstieg. Demgegenüber nimmt die Anzahl zwischenstaatlicher Konflikte stetig ab (wie z.B. der Krieg zwischen Serbien und Kroatien).
- Demokratische bürgerlich-kapitalistische Staaten führen empirisch keine Kriege untereinander noch finden in ihnen innerstaatliche Kriege statt. Allerdings lässt sich dies wesentlich weniger für Konflikte demokratischer Staaten mit nicht-demokratischen Staaten im zwischenstaatlichen Bereich festhalten (These vom "*demokratischen Frieden*").

- Während es auf der einen Seite mehr als 70 Staaten auf der Welt gibt, die nach 1945 überhaupt keine Kriege geführt haben, entfallen auf 26 Staaten mehr als die Hälfte aller Kriegsbeteiligungen. Hiervon entfallen wiederum ein Viertel aller Kriegsbeteiligungen auf sieben Staaten: USA, GB, Frankreich, Syrien, Irak, Indien und China.

Die 90er Jahre haben an diesen fünf Haupttendenzen internationaler und innerstaatlicher Konflikte nichts wesentliches verändert. Der Höhepunkt war das Jahr 1992 mit nicht weniger als 51 Kriegen und vor allem mit dem Zusammenbruch der UdSSR und den Desintegrationstendenzen in Osteuropa erklärt werden muss. Resümierend bleibt festzuhalten, dass sich der frühere Ost-West-Konflikt sowohl kriegsverschärfend und kriegsverlängernd auswirkte als auch gleichzeitig sich disziplinierend manifestierte. Die eigentlichen Kriegsursachen für die Mehrheit der kriegerischen Konflikte nach 1945 müssen jedoch außerhalb des Ost-West-Konfliktes gesucht werden.

Bei vielen innerstaatlichen Konflikten in den 90er Jahren zeigt sich zugleich, dass viele von einer starken Eigendynamik geprägt sind, in dessen Verlauf ein Konflikt sich aufgrund neuer Rahmenbedingungen und Handlungszwängen zunehmend von den ursprünglichen Ursachen verselbständigt und gleichzeitig die Möglichkeiten ihrer Eindämmung durch stark negative Erfahrungen der Konfliktparteien sowie aufgrund struktureller Interessenlagen häufig abnimmt. Daher sollte eigentlich die Konfliktprävention Priorität vor dem Krisen- und Konfliktmanagement besitzen. In der politischen Praxis ist dies jedoch zumeist kaum möglich, da das eigentliche Problem in der Regel nicht eine unzureichende Informationslage ist, sondern die **Informationsverdichtung auf politischer Ebene bis zu einem Grad, die konfliktpräventives Handeln mehrerer Regierungen und internationaler Organisationen auslösen, welches einen internationalen Konsens bei Fehlen supranationaler Strukturen des internationalen Systems voraussetzen und sich faktisch von "worst-case"-Szenarien leiten lässt** (Bsp. Kriege im früheren Jugoslawien).

Zudem hat die Variabilität der Formen kriegerischer Gewaltanwendung gegenüber früheren Epochen zugenommen. Dies erklärt sich aufgrund der neuen Möglichkeiten der Waffen-, Verkehrs- und Kommunikationstechnologien sowie der Relativierung kultureller Schranken. Das heutige Konfliktspektrum reicht dementsprechend von subtilen Formen des Terrors (zukünftig auch "*Cyberterrorismus*" gegen Kommunikationsnetze) bis zu absoluter Zerstörung, von Einzelkämpferaktionen über klassische Formen militärischer Operationen bis zu Waffeneinsätzen aus interkontinentaler Distanz oder aus dem Welttraum. Dabei verwischen die Grenzen zwischen staatlichen, innerstaatlichen und nicht-staatlichen Bereichen ebenso wie militärische, geheimdienstliche und polizeiliche Gegenwehr. Krieg als Phänomen organisierter, politisch motivierter Gewaltanwendung bleibt jedoch eine konstante Realität seit den Tagen von *Carl von Clause-*

witz, wenngleich die Kategorien bei ihm noch relativ klar waren (absolutes oder begrenztes Ziel, Krieg oder Frieden, reguläre oder nicht-reguläre Kriegsführung). Dabei nehmen vor allem die Gefahren "*asymmetrischer Kriegsführung*" zu: wenn Staaten oder nicht-staatliche Akteure gegenüber westlichen Staaten keine Aussicht auf einen militärischen Erfolg bei Einsatz eigener konventioneller Streitkräfte oder Einzelkämpfer haben, werden sie unkonventionelle Formen und Strategien (ABC-Waffen, terroristische Anschläge auf sensitive Ziele etc.) anwenden, um so dem Gegner den eigenen politischen Willen aufzuzwingen.

Kriegsakteure

Neben Staaten gibt es heute eine Vielzahl selbständiger Kriegsakteuren, welche aus einer neuen "*Anarchie des internationalen Systems*", sicherheitspolitischen Unsicherheiten und Tendenzen einer "*Privatisierung*" des Gewaltmonopols sowie der Globalisierung von Wirtschaft und Sicherheitspolitik erklärt werden muss, wie z.B.:

- Einsatz des staatlichen Gewaltmonopols für Partikularinteressen von oligarchischen Machtkartellen, die nicht an der Wahrung der öffentlichen Ordnung interessiert sind (z.B. Erhalt oder Erwerb von Landbesitz, Kontrolle des Drogenhandels in Mexiko oder Pakistan);
- Transregional organisierte internationale Kriminalität (z.B. Drogenkartelle in Asien, Südamerika, Osteuropa, USA und Westeuropa);
- Zunahme der weltweiten Piraterie mit der Tendenz von zunehmender Gewaltanwendung und Rücksichtslosigkeit gegenüber unschuldigen Opfern (ähnlich wie bei internationalem Terrorismus)
- "*Warlordism*" bei Zusammenbrechen und Desintegration staatlicher Strukturen, bei denen die bereits erwähnte Eigendynamik von Konflikten und die Beschränkung von Konflikteindämmungsmöglichkeiten eine zentrale Rolle spielt;
- Vernetzung und globales Agieren des internationalen Terrorismus, bei dem auch der Einsatz von ABC-Waffen nicht mehr ausgeschlossen ist (Bsp.: *Aum-Shinrikyo*).¹ Dies ist zum einen auf den verbesserten weltweiten Zugang zu Materialien und vor allem Know-How für die Produktion solcher Waffen, zum anderen auf Veränderungen in den Motivationen von (neuen) Terrorgruppierungen aus dem Bereich des weltanschaulichen Fanatismus zurückzuführen, die bewusst eine unkontrollierbare Opferzahl in Kauf nehmen;

¹ Ein anderes Beispiel ist das *Osama-Bin-Laden-Netzwerk*, welches sich vor allem auch über den Drogenexport nach Europa, Russland und Asien finanzierte und dabei auch (neben einer den Verbindun-

- Bei fortschreitender Desintegration von Staatsstrukturen kann zukünftig auch eine weitere Privatisierung des Gewaltmonopols nicht ausgeschlossen werden, um z.B. Eigentum und Personen von größeren Firmen und multinationalen Konzernen zu schützen (Aufstellung von Privatarmeen und "*Sicherheitskartellen*"). Dies wäre allerdings historisch keineswegs einmalig, wie bereits das Beispiel der *East India Company* in früheren Zeiten gezeigt hat.

Insgesamt deuten diese Tendenzen auf eine fortschreitende Erosion des staatlichen Gewaltmonopols hin. Transregional organisierte internationale Kriminalität oder ein weltweit organisiertes Netzwerk des internationalen Terrorismus lässt sich nicht allein auf staatlicher Ebene mit dem herkömmlichen Polizeinstrument bekämpfen. Derartige Globalisierungsformen neuer Sicherheitsbedrohungen erfordern kurz- und mittelfristig neue regionale und sogar globale Kooperationsformen, bei denen zwar auch zukünftig vor allem Polizei und Geheimdienste im Vordergrund stehen, aber auch der Einsatz von Streitkräften (insbesondere Spezialkräfte) nicht länger ausgeschlossen werden kann (z.B. Afghanistan). Dies führt – wie die Ereignisse und Folgen des 11. September 2002 zeigen – auch zu neuen Diskussionen umfangreicherer Sicherheitsmaßnahmen versus Bewahrung demokratischer Grundfreiheiten. Dies gilt besonders bei Bedrohungen mit ABC-Waffen durch nicht-staatliche Akteure. Der 11. September 2001 mag so für eine zunehmende privatisierte, kommerzialisierte und oft auch kriminelle sowie entterritorialisierte Gewalt stehen. Sollte sich dies im nächsten Jahrzehnt weiter bestätigen, dann wird die Kernfunktion des Staates als Garant von Sicherheit noch weitaus stärker in den Vordergrund rücken. Es ist zudem kein Zufall, dass neben einer "*Privatisierung der Gewalt*" sich auch eine "*Privatisierung der Sicherheit*" feststellen lässt: Wohlhabende Bürger, Firmen und Regierungen greifen dabei vermehrt auf private "*Sicherheitsdienstleister*" zurück. Doch auch dies trägt letztendlich zur Aushöhlung und Erosion des staatlichen Gewaltmonopols bei.

Perspektiven und Folgerungen

Zukünftige Sicherheitspolitik ist im Zeitalter der Globalisierung wesentlich fordernder und komplexer geworden. Auch wenn Konflikte und Kriege psychologisch wie geographisch von Europa und Deutschland sehr weit weg sind, so lehren uns zahlreiche jüngere Beispiele, dass diese doch auch negative Auswirkungen auf Europa haben können – sei es indirekter oder sogar direkter Art. Dies erfordert mehr denn je Kenntnisse über globale Zusammenhänge, fremde Kulturen, Geschichte und Religionen. In der politischen Praxis bedeutet dies auch die Bereitschaft zu internationaler Kooperation und Übernahme von internationaler Verantwortung sowie eines aktiven diplomatischen, wirtschaftlichen und – wenn notwendig – auch militärischen Engagements.

gen zur russischen Mafia) eine "*Bosnien-Connection*" hatte, welche die *UCK* finanziell und militärisch

gements (als ultima ratio) im Sinne einer glaubwürdigen und international sanktionierten Ordnungspolitik. Dementsprechend muss eine zukünftige Sicherheitspolitik sehr viel umfassender als in der Vergangenheit alle denkbaren Risiken abdecken und entsprechend ein vielfältiges Instrumentarium bereitstellen. Vor allem der transnational agierende internationale Terrorismus stellt zahlreiche Sicherheitsherausforderungen dar, die neue politische, ökonomische, völkerrechtliche, geheimdienstliche und auch polizeilich-militärische Antworten erfordern. Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, dass transnationale Netzwerke von Gewalt auch Erklärungsfaktoren für Staatsversagen, Korruption, Ineffektivität von Entwicklungshilfe oder scheiternden Transformationsprozessen sind.

Darüber hinaus ist schon jetzt zu konstatieren, dass der gesamte Raum *"Greater Middle East"* und besonders auch die Regionen Kaukasus sowie Zentralasien geopolitisch nicht nur für die USA und Russland, sondern auch für Europa weiter an Bedeutung gewinnen wird und eines langfristigen multilateralen Engagements der internationalen Gemeinschaft bedarf, da in diesem Raum Politik und Wirtschaft von Organisierter Kriminalität und transnationalen Netzwerken von Gewalt geprägt sind. Der westliche und insbesondere europäische Glaube, dass *"failed states"* und unregierbare Krisengebiete eher sich selbst überlassen oder allein der UN anvertraut werden, ist angesichts der Ereignisse vom 11. September 2001 unmissverständlich widerlegt worden. Europa wird sich auf die neuen Herausforderungen und Bedingungen des internationalen Systems mental einstellen und daraus die politischen Folgerungen ziehen müssen. Eine innere Abschottung auf eine *"Insel der Glückseligen"* wird für Europa und Deutschland im 21. Jahrhundert als eines Zeitalters zunehmender gegenseitiger Verwundbarkeit noch unrealistischer als im vergangenen Jahrzehnt. Armutsbekämpfung und eine faire Außenwirtschaftspolitik sowie gerechte Welthandelsordnung im Rahmen von GATT werden zwar auch weiterhin einen wichtigen Bestandteil eines erweiterten westlichen Sicherheitsverständnisses sein. Doch sind andere Faktoren bei der Bekämpfung des internationalen Terrorismus entscheidender. Die These, dass Armut Terrorismus erzeuge, lässt sich inzwischen auch empirisch keineswegs so belegen. So hat *Walter Laqueur* festgestellt, dass dieser sowohl in ärmeren Regionen (Lateinamerika) vorkomme wie auch in reicheren Landesteilen von Dritte Welt-Staaten (Bsp. Punjab/Indien): *"Unter den 49 Ländern, die von der UNO als die Ärmsten der Armen bezeichnet wurden, hat der Terrorismus nur in zweien eine gewisse Rolle gespielt – im Sudan und in Afghanistan, und in beiden Fällen war es kein einheimisches Produkt, sondern ein ausländischer Import. Terroristen erkaufte sich ein Land."*²

unterstützte.

² Walter Laqueur in: Die Welt, 4.12.2001.

Stattdessen ist entscheidender, dass vor allem auch die innergesellschaftlichen Zustände von politischer Repression, fehlenden Lebensperspektiven und auch nicht-existierender Trennung von Staat und Religion (wie in vielen arabischen Staaten – allen voran Saudi Arabien) als Antriebsfaktoren für das Entstehen von Gewalt und terroristischen Gruppierungen ausgemacht werden können. Insofern sind politische Reformen und Stärkung des staatlichen Gewaltmonopols auf demokratisch legitimerter Grundlage (Förderung von Rechtsstaatlichkeit) der eigentliche Schlüssel als Antwort auf zahlreiche Herausforderungen des internationalen Terrorismus und anderen Formen transnationaler Gewalt.

Sicherheit und Stabilität kosten jedoch auch Geld und setzen Verständnis sowie entsprechende Kenntnis in der Öffentlichkeit zur Legitimierung eines entsprechenden internationalen Engagements voraus. In diesem Sinne folgt die zukünftige Sicherheitspolitik einem *"erweiterten Sicherheitsverständnis"*, dessen neue Dimensionen keine Frage mehr allein für Experten sein sollte, sondern alle Bürger angeht, wie bereits *Willy Brandt* ausführte: *"Sicherheit ist nicht alles, aber ohne Sicherheit ist alles Nichts."*